

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0
Telefax: 8 88 846 ppbn d
Telefax: 9 1520-12

Inhalt

Johannes Rau zum 80.
Geburtstag des NRW-
Ministerpräsidenten
a.D.: Heinz Kühn hat
unserem Land gutge-
tan.

Seite 1

Christoph Matschie
MdB zu politischen Ge-
sprächen in den vier
Golf-Staaten Saudi-
Arabien, Oman, Katar
und Bahrain: Mehr Ein-
fluß für den Golf-Ko-
operationsrat.

Seite 3

Dokumentation

Günter Gaus sprach in
Dresden: Über die
Macht der Hölle und
der deutsche Gruß un-
serer Tage. (Teil II)

47. Jahrgang / 34

18. Februar 1992

Heinz Kühn hat unserem Land gutgetan Zum 80. Geburtstag des NRW-Ministerpräsidenten a.D.

Von Johannes Rau
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

Heinz Kühn war zwölf Jahre lang Ministerpräsident im größten Bundesland. Er wird heute achtzig Jahre alt. Leider geht es ihm gesundheitlich nicht gut, so daß wir ihn nicht mit einem festlichen Akt ehren können. Ich werde zu ihm fahren und all die Grüße und guten Wünsche mitnehmen, die ihm gelten. Und ich will sage, welchen Dank und welchen Respekt wir alle diesem Mann schuldig sind.

Viele werden sich vor allem an den brillanten Redner Heinz Kühn erinnern. Da war nicht nur seine Lust an parlamentarischen Debatten, mit Josef Ledwohn beispielsweise oder mit Christine Teusch. Heinz Kühn konnte mit dem, was er sagte, und mit der Art, wie er formulierte, Menschen in seinen Bann ziehen. Er war Volkswirt und Journalist aus Leidenschaft und beeindruckte mit außergewöhnlich breitem literarischem und kulturhistorischen Wissen. Seine Reden entwarf (und tippte!) er häufig erst in der Nacht zuvor; auch seine Gegner hörten ihm fasziniert zu. Oft genug wurden Heinz Kühns unbändige Freude an Wort und Widerwort, seine Bereitschaft zu unerbittlichem Streit in der Sache zu Sternstunden des Parlamentarismus, weil immer das Bemühen erkennbar blieb, Lebensbedingungen von Menschen zu gestalten und nicht den Respekt vor dem politischen Gegner beiseitezulassen. Ich gäbe viel darum, wenn auch heute mehr von seiner Kunst spürbar wäre, unerbittlich zur Sache zu stehen, ohne dem Gegner fachliches Format oder menschliche Gesinnung abzusprechen.

An den Augenblick in Dortmund-Huckarde will ich vor allem erinnern, weil er am besten zeigt, mit welcher politischen Kraft und welcher innerer Bindung zu den Menschen sich Heinz Kühn seinen Pflichten stellte. Am 21. Oktober 1967 hatten sich dort 14.000 Bergarbeiter versammelt, um mit Sprechchören "Kühn und Schiller - Zechenkiller" und "SPD und CDU machen uns die Zechen zu" gegen die drohenden Zechenschließungen zu protestieren. Da stand Heinz Kühn neben dem unvergeßlichen Bergarbeiterführer Walter Arendt und steckte die Prügel ein, die Bonn verdient hatte: "Ich bin kein Feigling, ich habe mich Euch nicht nur vor den Wahlen gestellt, sondern ich stehe auch in schlechten Tagen zu Euch!" Heinz Kühn brachte auch die aufgebrachten Menschen zum Zuhören; nicht einmal ein Jahr später legte er das "Entwicklungsprogramm Ruhr" vor, auf dessen Grundlage strukturelle Landesmittel in Milliardenhöhe ins Ruhrrevier flossen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Finanzierter Umweltschutz
und kontrollierter Rohstoff
Recycling-Papier



Zwei Jahre danach folgte das "Nordrhein-Westfalen-Programm 75", Motor zügiger Reformen bei der Ansiedlung und Modernisierung von Betrieben, in der Bildung und Forschung, beim Neubau von Wohnungen, Schulkindergärten, Hochschulen und Krankenhäusern. "Gesagt - getan" hieß eine Broschüre, mit der er nachwies, daß auf seine Arbeit als Ministerpräsident unseres Landes in geistig und politisch außerordentlich bewegten Zeiten Verlaß war.

Ich selber bin Heinz Kühn zum ersten Mal auf dem Außerordentlichen Parteitag von Bad Godesberg 1959 begegnet, dessen Präsident er war und wo wir das Godesberger Programm verabschiedeten. Er hatte schon dem ersten frei gewählten Landtag von Nordrhein-Westfalen angehört, war dort Fritz Henßlers stärkste Hilfe. Seine Handschrift ist in unserer Verfassung noch heute sichtbar. 1959 war er in die Bundespolitik gewechselt. Seine scharfzüngigen Reduelle mit Bundeskanzler Konrad Adenauer, sein Engagement vor allem in der auswärtigen Kulturpolitik, seine umfassenden geistigen Interessen und seine Weltkenntnis hatten klargemacht: Dieser Mann zählte zur ersten Garnitur der Sozialdemokraten. Am 5. Mai 1962 mußten sich dann die nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten nach turbulenten und schwierigen Diskussionen für einen Spitzenkandidaten für die nordrhein-westfälische Landtagswahl entscheiden. Die Wahl stand unmittelbar bevor. Unsere Entscheidung fiel auf Heinz Kühn, traf ihn unversehens und war fast einstimmig. Er kam nach Düsseldorf zurück, stürzte sich sofort in die Arbeit, schaffte in nur wenigen Wochen einen glänzenden Erfolg, aber noch nicht den Wahlsieg. Vier Jahre später dann, nach kraftvoller Politik als Oppositionsführer am Schwanenspiegel, fehlten nach einem erdrutschartigen Wahlergebnis nur zwei Mandate an der absoluten Mehrheit im Parlament. Es war klar, daß alles mühselig und lustlos begonnene Weitermachen der alten Regierung nicht lange würde halten können: Am 8. Dezember 1966 stürzte der Landtag zum zweiten Mal in Nordrhein-Westfalen einen Ministerpräsidenten, so wie das schon 1956 geschehen war, als Fritz Steinhoff mit Hilfe der FDP zum Ministerpräsidenten gewählt worden war, um die in Bonn geplante Veränderung des Verhältniswahlrechts abzuwehren. Heinz Kühn wurde zum neuen Regierungschef in Düsseldorf gewählt. Er selber hatte auf eine große Koalition hingearbeitet, wie das zur gleichen Zeit auch in Bonn angestrebt wurde; die Mehrheit der Fraktion ist ihm nicht gefolgt und entschied sich für ein Regierungsbündnis mit den Freien Demokraten, das nicht nur über drei Legislaturperioden hinweg trug, sondern Schrittmacher der ersten sozialliberalen Koalition in Bonn mit Willy Brandt und Walter Scheel wurde.

Kühn hat sich nie zu politischen Ämtern gedrängt. Ihm ging es darum, Werte durchzusetzen, Ziele zu erreichen, politische Vorhaben zu verwirklichen, die den Menschen nützen. Das kam der Arbeit in seinen Kabinetten zugute, denen ich ab 1970 selber angehörte. Heinz Kühn führte freundschaftlich, tolerant und selber diszipliniert, mit einer hohen Integrationsfähigkeit und mit der Stärke, die Eigenverantwortlichkeit der Minister nicht nur zu wünschen; immer wieder ermutigte er uns, davon auch Gebrauch zu machen. Vor allem beeindruckte er mit seiner hohen Begabung, Wesentliches von Unwesentlichem zu unterscheiden.

Heinz Kühn hat unser Land geprägt wie kein anderer zuvor. 1969 erreichte er eine Änderung unserer Verfassung, mit der die Konfessionsschule abgelöst wurde. Die Lehrerbildung wurde entkonfessionalisiert. Die Hauptschule wurde als weiterführende Schule eingeführt. Wissenschaftliche Hochschulen erhielten einen neuen Rang. Dann kam die große Zeit der Hochschulgründungen, die Heinz Kühn ermöglicht und mitgeprägt hat. So wurde der Aufstieg von Kindern aus nicht privilegierten Familien leichter. Gerade darin sah er eine seiner wichtigsten Lebensaufgaben. Er war stolz darauf, daß in seiner Regierungszeit der Anteil der Arbeiterkinder unter den Studenten von acht auf zwanzig vom Hundert stieg. Mit einer Kohlepolitik, die endlich auf die Menschen im Revier Rücksicht nahm, mit dem Entwicklungsprogramm Ruhr und dem Nordrhein-Westfalen-Programm 75 begann Heinz Kühn den Strukturwandel in unserem Land früh; daraus können wir heute Kraft und Zuversicht schöpfen. Nordrhein-Westfalen hat in Heinz Kühn einen seiner großen Architekten. Für seine eindrucksvolle politische Arbeit schulden wir ihm allen Respekt. Ich denke noch oft an seine Abschiedsworte in der Landtags-sitzung vom 19. September 1978: "Ich würde daran ersticken, eine Überzeugung zu unterdrücken, nur weil sie meinen Freunden mißfällt, und ich würde mich elend fühlen, einen Streit mit dem Gegner zu unterlassen, der durch die Wahrheit mit geboten erscheint."

Heinz Kühn war als Bundestagsabgeordneter und viele Jahre lang in der Spitze der Friedrich-Ebert-Stiftung in entscheidenden Jahren ein großer Außenpolitiker, der auf seinen Reisen ins Ausland und in vielen persönlichen Begegnungen mit Staatsmännern und Politikern in aller Welt Türen für die deutsche Politik in einer Zeit geöffnet hat, in der wir Deutsche uns Vertrauen und Ansehen zu erarbeiten hatten. Heinz Kühn hat auch mit seiner kämpferischen Bereitschaft für unseren Parteienstaat unserem Land gutgetan. Ich sage diesem einzigartigen Mann ein herzliches Glückauf.

(-/18. Februar 1992/rs/fr)

Mehr Einfluß für den Golf-Kooperationsrat
Zu politischen Gesprächen in den vier Golf-Staaten Saudi-Arabien, Oman, Katar und Bahrain

Von Christoph Matschle MdB

Der 1981 gegründete Golf-Kooperationsrat (GCC), dem außer den vier von uns besuchten Ländern Saudi-Arabien, Oman, Katar und Bahrain noch Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate angehören, ist ein noch junges Instrument, das an die Anfänge der Europäischen Zusammenarbeit erinnert.

Wir haben bei unseren Gesprächen in der Region die Staaten des GCC darin bestärkt, ihre interne Zusammenarbeit auszubauen. Mit Hinblick auf eine zu entwickelnde Sicherheitsarchitektur in der Region sollte sich der Golf-Kooperationsrat seiner Bedeutung bewußt werden. Bei besserer Ausnutzung und dem Ausbau der bestehenden Strukturen hat der Rat durchaus die Chance, Nukleus einer sich erweiternden, breiten Kooperation in der gesamten Region zu werden. Dazu bedarf es allerdings auch einer engen Zusammenarbeit zwischen den ölfreieren und den wirtschaftlich schwächeren arabischen Staaten. Unterstützung verdienen in diesem Zusammenhang die Anstrengungen des GCC, mittels Stärkung des privaten Sektors ein einheitliches Wirtschaftsgebiet zustande zu bringen. Der Rat hat hierzu sehr konkrete und weit fortgeschrittene Vorstellungen, auch was die Frage von Hilfsmaßnahmen für ärmere arabische Länder betrifft.

Bei den Gesprächen haben wir auch unsere Auffassung zum Ausdruck gebracht, daß Sicherheit und Stabilität weniger Ergebnis der Anhäufung von Waffen, als vielmehr das Resultat sozialer und wirtschaftlicher Prosperität sind. Dies zeigen auch die in Europa gemachten Erfahrungen. Aus diesem Grund hat Europa aber auch die Verpflichtung, sich beim Rüstungsexport in den Nahen Osten zurückzuhalten. Durch Rüstungsexporte in die Region werden bestehende Probleme nicht gemildert, sondern eher verschärft. Eine engere Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Golfkooperationsrat ist weniger auf waffentechnologischem als vielmehr auf wirtschaftlichem Gebiet gefragt. Hier gibt es zwischen EG und GCC noch Handlungsbedarf. So könnte sich Europa beispielsweise im petrochemischen Bereich in der Region stärker engagieren, aber auch zu einer besseren Nutzung der am Golf vorhandenen Energieträger beitragen. In allen von uns besuchten Staaten sind wir auf die geplanten EG-Zölle auf petrochemische Produkte angesprochen worden. Im Interesse einer besseren Zusammenarbeit auf diesem Gebiet ist nach unserer Ansicht mehr Flexibilität seitens der EG angebracht.

Große Sympathie gibt es in der Region für die deutsche Einheit. Deutschland wird als ein Land angesehen, dem in der internationalen Gemeinschaft größere Verantwortung zuwachsen wird. Deshalb begrüßten einige unserer Gesprächspartner auch den Einsatz der Bundeswehr zur Unterstützung der UN-Abrüstungsinitiative im Irak. Alle Gesprächspartner äußerten den Wunsch nach stärkerem Ausbau ihrer Beziehungen zu Deutschland.

(Die Informationsreise fand statt auf Einladung des Golf-Kooperationsrates. Neben Christoph Matschia nahmen von der "Parlamentarischen Vereinigung für Europa-Arabische Zusammenarbeit" die Abgeordneten Dr. Olaf Feldmann, Klaus Harries, Joachim Hörster und Dr. Peter Ramsauer, sowie die Mitarbeiter Bruno Kaiser und Martin Weiss teil)

(-/18. Februar 1992/rs/fr)

DOKUMENTATION

Günter Gaus: Die Macht der Hüte und der deutsche Gruß unserer Tage (Teil II)

Günter Gaus analysiert den deutschen Einheitsprozeß in einem Referat, das wir in mehreren Teilen dokumentieren. Gaus eröffnete damit Anfang Februar die Veranstaltungsreihe "Zur Sache: Deutschland/Dresdner Reden '92", die vom Staatsschauspiel Dresden und der Verlagsgruppe Bertelsmann gestattet wird. Zu Wort kamen beziehungsweise kommen in diesem Forum Christoph Hein, Egon Bahr und Willy Brandt. Der Vortrag von Gaus wird auch in der März-Ausgabe der "Neuen Deutschen Literatur" (Aufbau Verlag, Berlin) in vollem Umfang erscheinen.

Viele Gespräche, die ich geführt, viel Post, die ich erhalten habe nach Fernsehinterviews, in denen ich in den vergangenen zwei Jahren Handelnde und behandelte Menschen aus Ostdeutschland zur Person befragte, haben Ratlosigkeit unter meinen privaten Gesprächspartnern und Briefeschreibern zutage gefördert. Die meisten, fast alle der Frauen und Männer, äußerten das Bedürfnis, sich nachdenklich, selbstkritisch auseinanderzusetzen mit dem, was hinter ihnen lag; in Ihrem Teil Deutschlands, der Deutschen Demokratischen Republik. Opfer, Täter, Mittläufer: Alle meldeten sich zu Wort, wobei offensichtlich war, daß die Übergänge zwischen den Gruppen in der Regel - mit bitteren, schrecklichen Ausnahmen unter den Opfern - fließend waren.

Einige reklamierten ausdrücklich, unter die Täter gerechnet zu werden: Sie waren keine Gesetzesbrecher gewesen; keine unglückseligen Grenzsoldaten, auf deren Wache, nicht zwei Stunden früher oder später, es zum Ernstfall gekommen war; keine Denunzianten, wie sie - warum denn nicht zunächst einmal glaubhaft? - versicherten. Dennoch wollten sie sich nicht zu den Mittläufern gesellen, sondern beharrten auf ihrer Täterschaft: als überzeugte Sachwalter einer Idee, einer Ideologie, einer Staatsordnung, die ihnen das Abmühen hatten wert erscheinen lassen; denen sie, der aufgeklärte Westler schüttelt sich, einen Glaubenskredit eingeräumt hatten. Sachwalter eines bösen Irrtums, Opfer einer Selbsttäuschung. Aus einem bestimmten Blickwinkel, aus dem der Schlaumeier, konnten sie wie Dummköpfe aussehen. Jedenfalls keine strahlenden Figuren, nicht die Spur vom neuen Menschen an ihnen, den die Lehre verkündigt hatte.

Es gab in den Gesprächen und Briefen Versuche der politischen Rechtfertigung. Aber häufiger waren die Bemühungen, sich zu erklären. Manche trugen vor, in ihrer Parteiorganisation bei dem und jenem Anlaß für die Maßregelung, die Rüge eines Genossen gesprochen zu haben: wohl nur halben Herzens, aber dennoch mit voller Stimme und im Einklang mit allen anderen. Im tiefsten Grunde war dabei der sehr gewöhnliche Charaktermangel zum Zuge gekommen, der in der Regel in allen gesellschaftlichen Systemen die Oberhand behält, wenn die Menschen, weil das die Situation verlangt, sich in Mehrheit und Minderheit scheiden. In Ordnungen, die den Menschen bequemer sind als geschlossene Systeme, Dogmengefängnisse, wie die SED eines war, sind die Gelegenheiten, bei denen man sich entscheiden muß, gewöhnlich nicht ritualisiert; werden sie nicht als Selbstreinigungsprozesse mystifiziert, auch wenn tatsächlich Positionskämpfe ausgefochten werden oder wohlgefällige Protokolle für "oben" zu Papier kommen sollen. Jedoch: Auch im Mitmachen oder Widerstehen

auf pluralistischer Grundlage wirkt der erwähnte Charaktermangel, man wird sagen können: gewohnheitsmäßig, mit - wenn etwa in einem Firmenvorstand, einem Ärztekollegium, einem Lehrkörper westlicher Art Mehrheiten und Minderheiten sich bilden. Auch dabei wird, verdeckt oder offen, über berufliche Aussichten mitentschieden. Die Weltliteratur lebt nicht zuletzt von Charaktermängeln.

So viele Banalitäten auf so vielen Hutbändern. Aber diese, die vom systemübergreifenden Charaktermangel, hat derzeit in Deutschland wenig Denkmale, die ihr ins allgemeine Bewußtsein helfen können. Um auf einem gesamtdeutschen Parteitag das Gefieder von Delegierten zu glätten, das sich bei manchen östlichen Parteifreunden wegen des herablassenden Pharisäertums westlicher Christdemokraten schließlich doch gesträubt hatte, wird schon einmal eingeräumt, daß auch nicht jeder Westdeutsche zu den frühen Gründern des "Neuen Forum" gehört hätte: eine Wahrheit, die jedoch aufs ganze gesehen eine rhetorische Floskel bleibt. In ihrem Schutze kann man eher noch ungerierter auf die herrschende - der westdeutschen Mehrheit angenehmere, auch dienlichere - Vorstellung zurückkommen, wonach bis zur Wende gute und schlechte Menschenart reinlich durch Elbe und Mauer getrennt waren.

Die Einsicht, daß in allen Systemen viele der gesellschaftlichen Schikanen, Zurücksetzungen, Lumpereien, die den Menschen widerfahren können oder an denen sie sich betätigen oder zu denen sie schweigen, schon hinlänglich von den charakterlichen Eigenschaften des alten Adam, der alten Eva bewirkt werden, überall und immer, bevor die jeweiligen politischen Ordnungen das ihre dazu tun oder manches verhindern - diese Einsicht führt stets ein kümmerliches Dasein, heute hierzulande ist sie in eine tiefe Ohnmacht gefallen. Dabei könnte allein sie die Mustarung der Vergangenheit zu einer gesamtdeutschen Selbstprüfung machen, falls eine Urteilsfindung in Moral und Ethik überhaupt als ein gesellschaftlicher Vorgang möglich ist und nicht in Wahrheit stets ein individueller Akt bleibt. Aber dann gingen die für eine populistische Politik gebotenen Pauschalisierungen, die Verabsolutierung der Systemunterschiede, der westdeutsche Köhlerglaube an das eigene Gefeltsein verloren. Am Ende käme heraus, daß es auch Kommunisten von gutem, lautarem Charakter in der DDR gegeben hat - nicht als ein diskussionstaktisches Zugeständnis, ein flüchtiges "gewiß, ja" im Nebensatz, um sogleich wieder auf dem "Aber"-Hauptsatz beharren zu können, sondern als Frucht der Erkenntnis, daß es mit den guten Charakterzügen wie mit den weniger guten ist: Es gibt auch sie in allen Ordnungen.

Unter anderem mit dieser Erkenntnis würde die Vergangenheitsbewältigung der Deutschen den ihr angemessenen Schwierigkeitsgrad erreichen, bis zum dem das Populäre nicht hinaufkommt; auch die intellektuelle Variante des Populismus, bekannt aus feinsinnigen Feuilletons, nicht. Das Tragische gewönne einen weiteren Aspekt. An die Stelle von Ausrufezeichen träten Fragezeichen. Aus der politischen Abrechnung, die der Westen so lange hat aufschieben müssen und für die nun die Mehrheit der Ostdeutschen, die sich in der DDR klüglich bedeckt gehalten hatte, als Kronzeuge dienen muß, schwankend zwischen Verständnislosigkeit und neuerlicher Anpassung - aus der Abrechnung könnte eine Vereinigung werden in der geschärften, heilsamen Besorgnis, wohin es mit den Menschen und ihren politischen Absichten und Werken böse kommen kann: in wechselnden Formen, mit unterschiedlichen Methoden, aber an jedem Ort.

Gewiß schiebt dem das pluralistische System, bei all seinen Mängeln, stärkere Riegel vor, als sie im untergegangenen Regime eingebaut waren. Aber wann es richtig ist, daß im funktlozierenden Pluralismus die Rechtssicherheit und andere Kontrollmechanismen dem Machtmißbrauch einige Grenzen ziehen - dann trifft es ebenso zu, daß in ihm das Erwarten deutlichen Widerspruchs aus gegebenem Anlaß eine geringe Zumutung ist, verglichen mit der Forderung, sich einer solchen Tat inmitten totalitärer Strukturen zu erkuhen. Der Auftritt von Christa Wolf auf dem berüchtigten XI. Plenum des Zentralkomitees der SED im Dezember 1965 stürzt mich in Zweifel, ob ich in einer vergleichbaren Situation wie sie aufs Podium ginge, um gegen die erkennbare Richtung der Mächtigen und die sie begleitenden Zwischenrufe der Mitläufer meine abweichende Meinung vorzutragen. Das war zu einer Zeit, als die SED noch schärfere Zähne hatte als später.

Verglichen damit, ich wiederhole es, wiegt die Zumutung beschämend gering, sich in unserem Freiheitssystem allemal so zu verhalten wie damals Christa Wolf. Ich mache daher auch kein Aufhebens von dem stets allgemeinen Widerstand westdeutscher Rundfunkredakteure gegen parteipolitische Pressionen. Kein Lokalreporter in Westdeutschland zögert, gegebenenfalls die einflußreichen Freunde seines Verlegers zu attackieren. Mir ist die Selbstverständlichkeit bekannt, mit der altbundesrepublikanische Leitartikler immer das kritisch treffendste Wort wählen, selbst wenn ihr schmeichelhaftes Einvernehmen mit den Großen in Bonn deswegen vorübergehend getrübt wird. Ich weiß, daß sie niemals vor Ihrem Manuskript sitzen und an dessen Schlußfassung, bevor sie es in Druck geben, noch die eine oder andere Schärfe glätten. Mir ist, zum Beispiel, der laute öffentliche Protest noch im Ohr, den Marcel Reich-Ranicki erhob, als Joachim Fest die "Frankfurter Allgemeine" auf seine Weise in den Historikerstreit führte. Oder habe ich nur gemeint, nun sei ein öffentlicher Widerspruch fällig? War da gar nichts zu hören gewesen außer *in camera caritatis*? Ach, warum können wir Westler uns in den Ostlern nicht erkennen?

Seit der Wende im November 1989 sind vom Westen aus hochgestimmte moralische Postulate und ethische Maßstäbe für das richtige Verhalten unter totalitären Gegebenheiten in Umlauf gesetzt worden: Postulate und Maßstäbe, ins Land gebracht aus dem sicheren Port des Westens, die keinerlei Verbindung haben mit den Wirklichkeiten des gewöhnlichen Menschen - seinen Stärken und Schwächen, seinem gelegentlichen Mut wie seinem häufigeren Mangel daran. Auch mit diesem Rechthaben auf der Basis menschenferner Reinheitsgebote sind gegenwärtig viele westdeutsche Präzeptoren der ideologischen Selbstfesselung, dem geschlossenen Denken näher als mir wegen meines pluralistischen Systems geheimer ist. Wir müssen darauf hoffen, daß unser System besser ist als wir es sind; daß sich in ihm verkapselt, womit wir es - ausgerechnet in der Stunde seines Triumphes - vergiften.

Außerdem wird die Zeit das ihre tun. Selbst den Prenzauer Berg werden die Intellektuellen, an häufigen Weidewechsel gewöhnt, eines nicht so fernen Tages abgegrast finden. Die Politiker - Ausnahmen bestätigen die Regel, vor allem bei vermuteten Wahlkampfvorteilen - werden das Thema gering achten, sobald sie ganz wahrnehmen, es dämmert ihnen schon, daß das natürliche Leserinteresse an den großen Balkenschlagzeilen über noch eine Aufdeckung nicht identisch ist mit den vorrangigen Sorgen und Bedürfnissen ihrer arbeitslosen Wähler: der sächsischen Industriearbeiter und brandenburgischen Genossenschaftsbauern beispielsweise, die noch für manches Jahr in großer Zahl ehemalige Industriearbeiter und Genossenschaftsbauern und nichts sonst sein werden. Wenn es dann, zu meinem Bedauern, zu mehr als einem Kolportagestück von den Gefährdungen und Selbstgefährdungen der Menschen in modernen Staaten und - so oder so - demokratischen Gesellschaften nicht gekommen sein wird - zu mehr nicht als zu einem Oberflächenbefund, griffig in seiner Grobkörnigkeit, dann wird daran nicht allein die Verstocktheit von Kommunisten und Blockparteilern die Schuld tragen.

(-/18. Februar 1992/rs/ks)

(Den dritten Teil veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe).